

Liberaler Linie

Der Städtetag unterstützt das Kirchenasyl für Flüchtlinge

München – Der Deutsche Städtetag zählt zu jenen ehrwürdigen Institutionen, die selten provokative Forderungen aufstellen. Manchmal muss man die Botschaft zwischen den Zeilen lesen. Das liegt an der Struktur dieser Interessenvertretung der großen deutschen Städte, die möglichst geschlossen auftreten will und sich nicht in politische Lager auseinanderdividieren lassen möchte. In der Vergangenheit hatte dieses gemeinsame und überparteiliche Auftreten gegenüber Bund und Ländern daher oft Erfolg, etwa bei der Rettung der wichtigsten kommunalen Einnahmequelle, der Gewerbesteuer. Was Präsident Ulrich Maly, im Hauptberuf SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg, am Dienstag in Berlin zur Flüchtlingspolitik vorbrachte, war vor diesem Hintergrund überraschend deutlich.

Ausdrücklich stellte sich der Städtetag hinter das Kirchenasyl, das Innenminister Thomas de Maizière zuletzt stark kritisiert hatte. Mit dem Kirchenasyl habe man „kein Problem“. Der Verband lehnt zudem „jede Form der Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung von Menschen anderer Hautfarbe ab“, sagte Maly. Meinungs-

freiheit dürfe nicht in Intoleranz umschlagen. Das war ein kaum verhohlener Hieb in Richtung der islamfeindlichen Pegida von Dresden und anderer -igas, die in manchen Städten umgehen. Maly wandte sich auch gegen Versuche politischer Parteien, Kapital aus dem Thema zu schlagen. Er bezweifelte, dass die von Bayern vorgeschlagene „Vergrämsungsstrategie“ im Umgang mit Asylbewerbern aus Albanien und den Staaten aus Ex-Jugoslawien wirksam wäre, und rief dazu auf, lieber das Wachstum in Europas Armutsregionen zu fördern.

Maly wendet sich gegen Versuche, Kapital aus dem Thema zu schlagen

Der Verband blieb damit trotz starker Mehrbelastung gerade der größeren Städte durch die vielen Asylbewerber seiner liberalen Linie in der Flüchtlingspolitik treu. Im Fall Kosovos freilich unterstützt der Städtetag die Innenminister des Bundes und der Länder, welche die Asylverfahren für Bürger des kleinen, mehrheitlich albanisch besiedelten Balkanstaates stark verkürzen wollen. Kosovaren haben wenig Aussicht, in Deutschland als politisch Verfolgte anerkannt zu werden. „Wenn keine politische Verfolgung vorliegt“, so Städtetagspräsident Maly, müssen abgelehnte Asylbewerber in ihre Herkunftsstaaten zurückkehren.

Maly begrüßte die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen, forderte aber auch mehr Unterstützung vom Bund. Nicht wenige Städte sind finanziell ohnehin überfordert und wissen nicht, wie sie das Geld für Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen für Asylbewerber aufbringen sollen. Daher sollten, so will es der Städtetag, die Länder mit „dauerhafter Unterstützung des Bundes“ den Kommunen diese Ausgaben „in vollem Umfang erstatten“. Die Länder sind verfassungsrechtlich für die Städte auf ihrem Gebiet zuständig, weswegen der Verband an die Landesregierungen appellierte, die Mittel von jeweils 500 Millionen Euro für 2015 und 2016 für die Flüchtlinge auch vollständig an die Kommunen weiterzureichen. Dass sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben wollen – an diesem Punkt waren sich die Oberbürgermeister, ob grün, rot oder tiefschwarz, schon immer einig. **JOACHIM KÄPPNER**



Den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge fordert der Städtetag. Hier, in Berlin leben sie in Containern. FOTO: REUTERS